



Metis

Studie

Zentralasien und Kaukasus

Nr. 15 | November 2019

Metis Studien geben die Meinung der Autor*innen wieder. Sie stellen nicht den Standpunkt der Bundeswehr, des Bundesministeriums der Verteidigung oder der Universität der Bundeswehr München dar. Metis Studien richten sich an die politische Praxis. Sie werten Fachliteratur, Reports, Presstexte sowie Hintergrundgespräche mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Ministerien und Denkfabriken aus. Auf Referenzen wird verzichtet. Rückfragen zu Quellen können per Email an die Autor*innen gerichtet werden.

Institut für
Strategie & Vorausschau

Zusammenfassung

Zentralasien rückt durch seine Energievorkommen und Chinas neue Seidenstraße immer mehr in den geo-, sicherheits- und energiepolitischen Fokus. Für zentralasiatische Staaten erweisen sich die hiesigen Öl- und Gasvorkommen jedoch als ebenso vor- wie nachteilhaft, da sie in den fossilen Ökonomien der Region autoritäre Eliten stärken sowie zu Volkswirtschaften führen, die empfindlich auf Preisschwankungen am Öl- und

Gasmarkt reagieren und von externen Investitionen abhängig sind. In ähnlicher Weise lässt sich auch der Kaukasus als Transitraum für Energie, Rohstoffe und Waren sowie als schwelender Konfliktherd betrachten. Die Studie beleuchtet zunächst die politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Situation und fragt daraufhin, wie Sichtbarkeit und Einfluss der EU in den Regionen erhöht werden können.

Frozens Konflikte in Zentralasien und Kaukasus

Durch den Zerfall der Sowjetunion 1991 erlangten im Kaukasus Georgien, Aserbaidschan und Armenien ihre Unabhängigkeit, während in Zentralasien Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisien und Tadschikistan als neue Staaten entstanden. Die politischen Transformationsprozesse gingen vor allem in der Kaukasusregion mit zahlreichen ethnischen Konflikten einher, die bis heute als *Frozen Conflicts*¹ ihre Wirkung entfalten können. Während im zentralasiatischen Raum der tadschikische Bürgerkrieg von 1992–1997 stattfand und es 2010 in Kirgisien zu ethnischen Unruhen kam, ist im Nord- und Südkaukasus ein Flickenteppich von ethnischen, separatistischen und religiösen Konflikten anzutreffen. Neben konventionellen Konflikten wie den beiden Sezessionskriegen in Tschetschenien (1994–1996; 1999–2000), dem

aserbaidschanisch-armenischen Krieg (1994) und dem russisch-georgischen Konflikt (2008), dominierten vor allem innerstaatliche und transnationale Konflikte die post-sowjetische Phase. Dazu gehört der permanent schwelende Konflikt um die Bergkarabach-Region zwischen Armenien und Aserbaidschan, der Konflikt um Süd-Ossetien in seiner substaatlichen Ausprägung zwischen Georgien und dem De-facto-Regime Republik Ossetien sowie der Sezessionskonflikt des De-facto-Regimes Republik Abchasien und Georgien. In den letzten Jahren wird zudem eine Destabilisierung der Region durch den andauernden Konflikt in Afghanistan sowie ein durch zurückkehrende Islamisten induziertes Erstarken radikaler extremistischer Kräfte in zentralasiatischen Staaten befürchtet. Zu den beigelegten Konflikten im Kaukasus zählen die Anti-Terror- und Aufstandsbekämpfungsoperationen der Russischen Föderation im Anschluss an die Tschetschenienkriege gegen das sogenannte Kaukasus-Emirat in Tschetschenien, Dagestan, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Karatschai-Tscherkessien und Nord-Ossetien, die seit 2017 als beendet gelten. Darüber hinaus gilt der Sezessionskonflikt zwischen Georgien und Adscharien seit dem Abzug der russischen Streitkräfte und dem Rücktritt des Autokraten Aslan Abaschidse 2004 als beigelegt.

¹ Von eingefrorenem Konflikt – *Frozen Conflict* – spricht man im Falle staaten-ähnlicher Gebilde, in denen ein zuvor gewaltsam ausgetragener Konflikt von einer Waffenruhe abgelöst wurde. Die Konfliktparteien in einem eingefrorenen Konflikt stehen sich nach wie vor unversöhnlich gegenüber. Es existiert aber weder eine tragfähige politische Lösung des Konflikts, noch findet (massive, militärische) Gewaltanwendung statt. Eingefrorene Konflikte wirken regional sicherheits- und stabilitätsgefährdend. Sie flammen bisweilen regelmäßig wieder auf oder können von dritten Akteuren gezielt entfacht werden.



Politische Ordnung in Zentralasien und dem Kaukasus

In den Staaten Zentralasiens und des Kaukasus dominieren autoritäre Regierungsformen. Hybride politische Systeme mit demokratischen Elementen sind in Armenien, Georgien und Kirgisien anzutreffen, sodass diese sich politisch gesehen von den anderen Staaten der Region stark unterscheiden. Aufgrund der angespannten politischen Lage, einer Vielzahl bestehender ethnischer Konflikte, geopolitischen Drucks bei Energiefragen und vorwiegend autoritärer Regime ist auf absehbare Zeit ein starker Demokratisierungsprozess eher unwahrscheinlich. Korruption ist in den meisten Staaten weit verbreitet. Insbesondere Turkmenistan und Usbekistan gelten als besonders betroffen (vgl. Abbildung 1). Laut *Freedom House Index* und *Democracy Index* rangieren Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan und Aserbaidschan seit jeher auf den untersten Rängen. Das sowjetische Erbe der zentralasiatischen und kaukasischen Staaten behindert

nachhaltig die politische und wirtschaftliche Öffnung. Politische Eliten und Entscheidungsträger in der Region haben ihre Ausbildung primär in der Sowjetunion erhalten, sind daher vorwiegend russophil und betrachten Staatlichkeit aus dem Blickwinkel sowjetischer Ordnungspolitik. In den Ländern ist daher eine Art Pseudopluralismus anzutreffen. Die Regierung kontrolliert sowohl die Regierungspartei als auch die Opposition und schränkt die Pressefreiheit durch Kontrollen und Zensur ein. Dadurch existiert eine Gewaltenteilung lediglich auf dem Papier. Oppositionspolitiker, die sich mit diesem Umstand nicht abfinden wollen, befinden sich nicht selten in Haft oder fliehen ins Exil. Die zentralasiatischen Staaten leiden somit unter gravierenden Defiziten beim Schutz von Menschen- und Bürgerrechten. Die Unabhängigkeit der Justiz ist nicht gewährleistet, während sich die Privatwirtschaft und die größten Unternehmen meist unter Kontrolle von Regierungsmitgliedern oder Oligarchen befinden. Auf Regierungsebene lässt sich eine Interessenüberschneidung

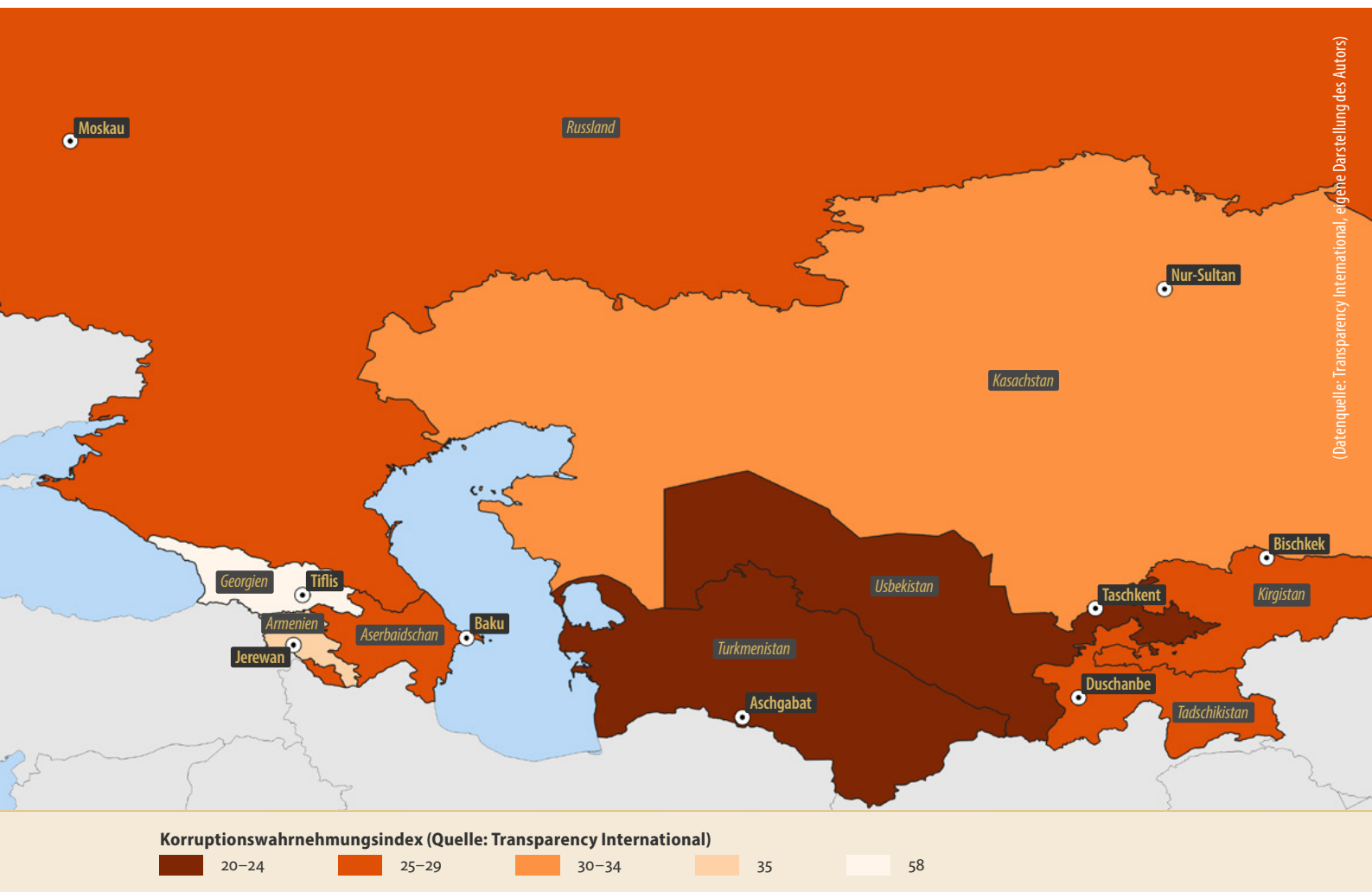


Abb. 1 Korruptionswahrnehmungsindex in Zentralasien und dem Kaukasus

(Datenquelle: Transparency International, eigene Darstellung des Autors)



von privaten und staatlichen Interessen identifizieren, welche die positive wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig behindert und zur Ausbildung elitärer Verteilungskarriere geführt hat.

Angesichts dieser, in den meisten Staaten anzutreffenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen, lässt sich auf lokaler Ebene eine nur gering ausgeprägte politische Sensitivität für politischen Wandel feststellen. Vielmehr lassen sich Zyklen beobachten, die mit einer zaghaften wirtschaftlichen Liberalisierung und gesellschaftlichen Öffnungstendenzen beginnen, die sich in weitgehende soziale Unruhen und Protestbewegungen transformieren, um wiederum in einer Re-Autoritarisierung der Wirtschaft und Gesellschaft zu münden. Die Eliten der Staaten in Zentralasien und dem Kaukasus signalisieren daher derzeit ein stärkeres Interesse an der Aufrechterhaltung des politischen Status quo.

Eine Besonderheit der Region Zentralasien ist die Schwäche integrierend wirkender Regionalorganisationen, da die Beziehungen zwischen den Ländern aufgrund von Wasser-, Grenz- und Ressourcenkonflikten wenig ausgeprägt sind. An solchen Streitigkeiten scheiterte bisher auch die „Zentralasiatische Union“, die 2004 aufgelöst wurde und seit 2018 eine Wiederbelebung erfährt. In Ermangelung eines funktionierenden Integrationsprojekts zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit überwiegen hingegen bilaterale Kooperationen. Weitere Ausnahmen bilden die Mitgliedschaft der zentralasiatischen und Kaukasus-Staaten in der 1991 gegründeten „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ mit Sitz in Minsk, einem Zusammenschluss post-sowjetischer Staaten² und die „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“.³ Versuche, die regionale Kooperation anzustoßen, ergeben sich neuerdings aus sicherheitspolitischen Notwendigkeiten. So fanden 2018 erste Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs Zentralasiens zur regionalen Sicherheitszusammenarbeit statt. Dabei dienten das Risiko der Ausbreitung extremistischer islamistischer Bewegungen und die Auswirkungen des Afghanistankonflikts als mögliche Politikfelder für eine länderübergreifende Zusammenarbeit. In den kommenden Jahren soll auch die wirtschaftliche Kooperation im Lichte chinesischer Großinvestitionen zum Ausbau der neuen Seidenstraße intensiviert werden. Doch bleibt es bisher bei Lippenbekenntnissen, mit dem Binnenhandel innerhalb der Region weiterhin auf dem nahezu unbedeutenden Niveau von unter 10% des jeweiligen

Exportvolumens. Beide Organisationen sind primär als russisch geprägte Organisationen anzusehen. China hingegen bindet die zentralasiatischen Staaten seit einigen Jahren stärker in die „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“ ein.

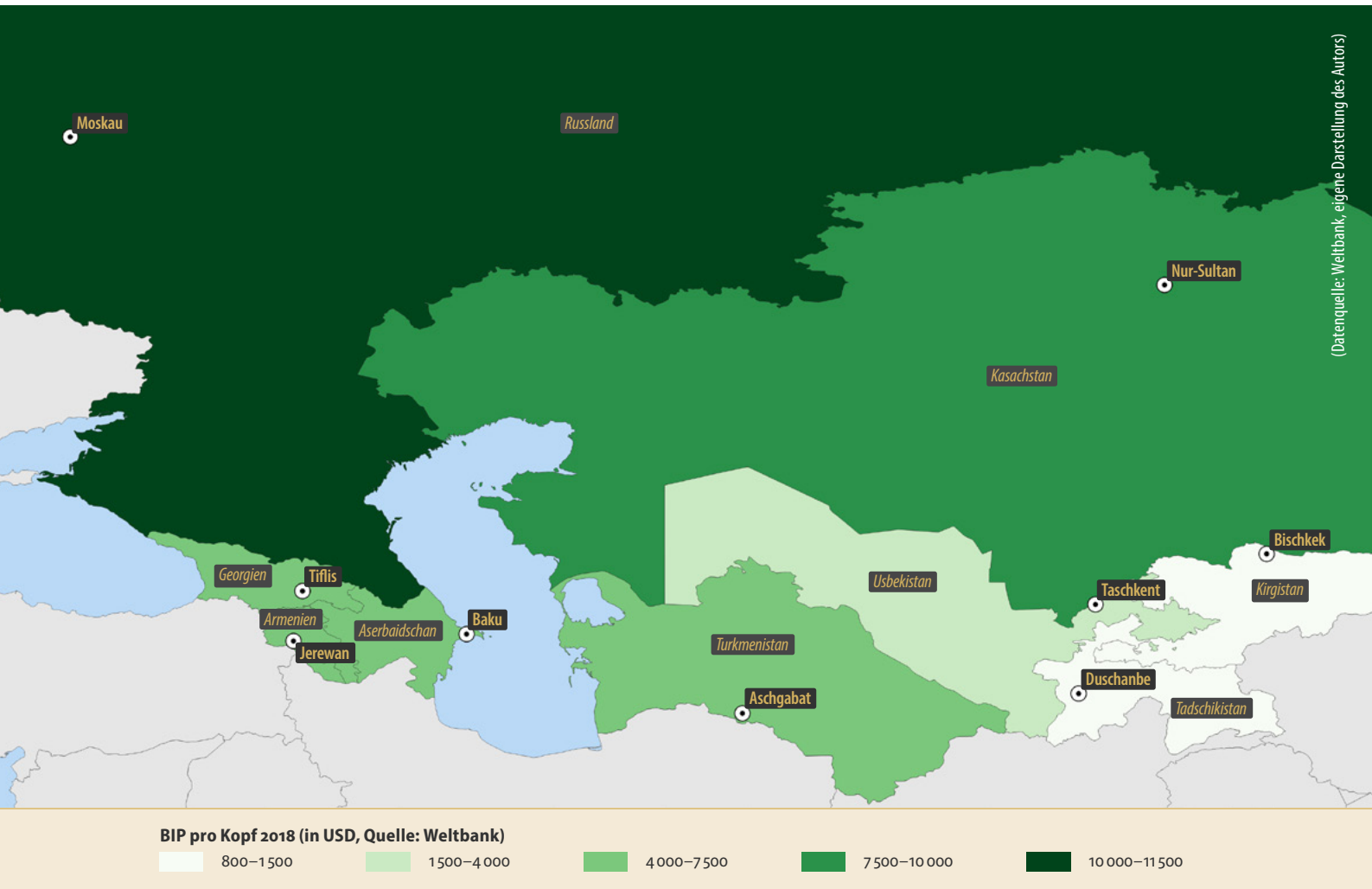
Ressourcenfluch? Zentralasien als Wirtschaftsraum und Energiekorridor

Aufgrund der geographischen Position und des Ressourcenreichtums verfügen die zentralasiatischen Staaten über wirtschaftliches Potential. Bereits in der Antike gehörte das Gebiet zu einem wichtigen Abschnitt der alten Seidenstraße.⁴ Die Region gilt auch als Kontaktstelle zwischen griechisch-römischem Kulturraum auf der einen und der chinesischen Welt auf der anderen Seite. Von der Spätantike bis in die Neuzeit dominierte der Karawanenhandel. Ummauerte und befestigte Handelsstationen – Karawansereien – ermöglichten den etappenweisen und vor allem sicheren Handel seltener Güter von Ost nach West. Zentralasien ist historisch auch für seinen Sklavenhandel berüchtigt, der bis in das späte 19. Jahrhundert eine Haupteinnahmequelle darstellte. Mit Tradition und Bedeutung der alten Seidenstraße hat die aktuelle wirtschaftliche Situation Zentralasiens nur noch wenig gemein. Zwar sieht sich die Region weiterhin als Bindeglied und Transitraum zwischen Ost und West, jedoch spielen die lokale Öl- und Gasproduktion, der Abbau von Rohstoffen sowie insbesondere seltener Erden und deren Export eine viel wichtigere Rolle. In den letzten Dekaden haben sich die meisten zentralasiatischen Staaten somit von Transitökonomien zu Exportökonomien entwickelt. Beispielsweise basiert die Exportwirtschaft Kasachstans zu etwa 66% auf der Ausfuhr von Erdöl, Erdgas, Kohle und Metallen. Erdgas dominiert auch den turkmenischen Export, während Tadschikistan vor allem Aluminium ausführt. Usbekistan exportiert hauptsächlich Gold und Baumwolle. Der Reichtum an natürlichen Ressourcen bringt jedoch die Risiken eines sogenannten Ressourcenfluchs mit sich, also der Schaffung wenig robuster Volkswirtschaften durch fehlende Diversifizierung der Produktion und mangelnden Binnenkonsum. Ressourcenreichtum erleichtert es zudem autoritären Eliten, sich persönlich zu bereichern. Zu den Auswirkungen gehören meist starke Regulierung, hohe Inflation, Preiskontrollen, Handelsintervention, nationale Wirtschaftsplanung und Angriffe auf Privateigentum sowie die Einschränkung der Menschenrechte und stagnierende wirtschaftliche Entwicklung.

² Turkmenistan ist kein Vollmitglied, sondern lediglich assoziiert.

³ Aufgabe des Bündnisses ist die Gewährleistung der Sicherheit, Souveränität und territorialen Integrität der Mitglieder. Usbekistan trat 2006 aus der Organisation aus. Turkmenistan war zu keinem Zeitpunkt Mitglied.

⁴ Zahlreiche Städte in der Region, wie beispielsweise Alexandria Eschate (das entfernteste Alexandria) im heutigen Tadschikistan, können ihre Gründungsgeschichte auf die Anfänge der Seidenstraße während der hellenistischen Epoche zurückführen.



(Datenquelle: Weltbank, eigene Darstellung des Autors)

Abb. 2 Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Zentralasien und dem Kaukasus

Hierfür gibt es in der Region zahlreiche Beispiele. So hat Kasachstan mehr Finanzmittel in den Aufbau von Prestigeprojekten wie der Musterhauptstadt Astana investiert als in die Gesundheitsversorgung oder Bildung. Investitionen in die aus sowjetischen Zeiten stammende und teils marode Infrastruktur sind in ihrem Umfang eher bescheiden. Das kasachische Wirtschaftswachstum war in der letzten Dekade zwar stark, doch die Vermögenslücke zwischen Arm und Reich hat sich ebenso schnell vergrößert. Trotz Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf auf ein Niveau osteuropäischer Staaten (vgl. Abbildung 2), liegt die Lebenserwartung im Vergleich um eine Dekade niedriger. Diversifizierung der Wirtschaft oder ein starker tertiärer Sektor fehlen, während die Produktion durch eine überbewertete Währung gebremst und die Wirtschaft Schocks ausgesetzt wird, wenn die Energiepreise am Weltmarkt sinken.

All diese Probleme sind in Turkmenistan noch extremer. Trotz eines relativ hohen Pro-Kopf-Einkommens

leben die meisten Turkmenen in Armut. Die Investitionen in die Infrastruktur sind ins Stocken geraten und dem Land fehlen wichtige technische Fähigkeiten zur Effizienzsteigerung der Energiegewinnung. Usbekistan hingegen importiert Öl und verkauft einen Großteil seiner rückläufigen Gasproduktion nach Russland. Der größte Teil der Erlöse geht an die Eliten und wird außerhalb des Landes auf Offshore-Konten verwaltet, während restliche Mittel in den repressiven Überwachungsapparat fließen. Bei Energiemangel wird zudem meist eher der Export aufrechterhalten anstatt die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten.

Neues Great Game? – Sicherheitspolitische Dimension in Zentralasien und im Kaukasus

Sowohl Zentralasien als auch der Kaukasus werden in den kommenden Jahren aufgrund geopolitischer und ökonomischer Entwicklungen weiter in den sicherheitspolitischen Fokus rücken. Die Russische Föderation, die



Volksrepublik China, die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und weitere Mittelmächte wie beispielsweise Indien oder die Türkei bemühen sich, ihren Einfluss in der Region auszuweiten. Das Wettstreiten der Großmächte um Einfluss in der Region erinnert an das *Great Game*, den Antagonismus des Britischen Weltreichs mit dem Russischen Reich, im Asien des 19. Jahrhunderts.

Die EU und die USA sind einflussreiche Akteure in Zentralasien, werden aber zunehmend durch den Aufstieg Chinas und ein engagierteres Russland marginalisiert. Der als Alternative geplante Europa-Kaukasus-Asien Verkehrskorridor (TRACECA) erscheint derzeit im Vergleich zur chinesischen Seidenstraße und dem russischen International North-South Transport Corridor (INSTC) als unterfinanziert und chancenlos. Auch die Schwerpunkte der neuen EU-Strategie (2019) für Zentralasien sind pragmatischer geworden und widmen sich der Förderung von Resilienz, Wohlstand und regionaler Zusammenarbeit. Die vormals betonten Demokratisierungsbestrebungen sollen zwar weiter gestärkt werden, jedoch nehmen diese eine weniger prominente Rolle ein, als noch in der Vorgängerstrategie von 2007. Die USA konzentrieren sich primär auf die sicherheitspolitische Kooperation mit den Staaten, vor allem so lange sie die Region als rückwärtigen Raum für ihr Engagement in Afghanistan betrachten. Mit dem amerikanischen Pendant zur Seidenstraße, der Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-India Pipeline (TAPI) sowie ähnlichen Gasprojekten von Nord nach Süd, versuchen die USA die Einflussnahme Russlands und Chinas zu reduzieren.

Während die europäischen und US-Initiativen in der Region wenig abgestimmt erscheinen, erfüllen Russland und China in Zentralasien komplementäre Rollen. Russland sieht Zentralasien und den Kaukasus als traditionelle Interessensphäre, hält enge Beziehungen zu den politischen Eliten, unterhält Militärstützpunkte in der Region und ist darauf bedacht, vorhandene russische Minderheiten notfalls auch mit Gewalt gegen westliche Einflussnahme zu schützen. Diese Abschreckungsstrategie hat zum Ziel, die ehemals sowjetischen Staaten eng an Moskau zu binden, um so die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen direkter beeinflussen zu können. Dabei kann Moskau auf zahlreiche eingangs besprochene *Frozen Conflicts* zurückgreifen und diese je nach Bedarf zur Durchsetzung außen- oder energiepolitischer Ziele einsetzen.

China hingegen umgarnet die Staaten in der Region mit ökonomischen Anreizen und bietet sich als Gegenkonstrukt zu europäischen und amerikanischen Einflüssen an. Chinas Investitionen sind als Wachstumsfaktor bereits heute für manche Staaten unverzichtbar. Seit 1992 existieren mindestens 22 Handelsabkommen mit einem Volumen von insgesamt 7 Milliarden USD. Im Mai 2017 unterzeichnete Peking ein Paket von Wirtschaftsabkommen mit Kasachstan und Usbekistan in Höhe von weiteren 20 Milliarden USD. Von den insgesamt 1 Billion USD, die für den Ausbau der Seidenstraße bis 2050 veranschlagt wurden, erhoffen

sich die Kaukasus- und Zentralasienstaaten etwa ein Drittel. Damit avanciert China für die Region zum Vorbild für wirtschaftliche Prosperität. Dennoch kam es in den letzten Jahren zu anti-chinesischen Protesten in zahlreichen zentralasiatischen Staaten, die von den jeweiligen Regierungen meist eingedämmt wurden. Chinesischen Unternehmen wird vorgeworfen, minimale Qualitätsstandards beim Bau von Infrastruktur, Raffinerien und Förderanlagen zu unterlaufen. Die chinesischen Investitionen im Zuge der neuen Seidenstraße gehen auch mit einer Abhängigkeit der Staaten von immer neuen chinesischen Geldern einher, da die nationalen Investitionen oftmals von chinesischen Folgeinvestitionen abhängig sind.

Diese Entwicklungen haben langfristige sicherheitspolitische und energiepolitische Implikationen. Zur Sicherung der Transportkorridore und Rohstoffquellen werden sich die Großmächte weiter um Einfluss in der Region bemühen. Die Bestrebungen werden sich mit der näher rückenden Fertigstellung der Seidenstraße und anderer Pipelines und Verkehrskorridore zunehmend intensivieren. Die Errichtung von Militärstützpunkten, die Einflussnahme in innerstaatliche Angelegenheiten, die Etablierung asymmetrischer Interdependenzen, der Ausbruch lokaler Grenzkonflikte oder das Erstarken ethnischer Spannungen werden im Zuge des geopolitischen Antagonismus zunehmen. In einer zukünftigen Weltwirtschaft mit noch stärkeren Just-in-time-Logistikketten können auch Embargos, Sanktionen und andere politische Spannungen die zukünftige wirtschaftliche Abhängigkeit Europas vom freien Handel durch Asien empfindlich stören. Die EU ist im Vergleich zu den anderen Akteuren derzeit am passivsten in der Region, obwohl Europa die Endstation der Verkehrswege darstellt und die europäische Wirtschaft damit an einem störungsfreien Waren-, Güter- und Dienstleistungshandel in besonderem Maße interessiert ist. In Ermangelung ernst zu nehmender eigener Fähigkeiten zur nachhaltigen Einflussnahme und der derzeit geringen politischen Priorität sollte eine engere Kooperation mit den USA oder Russland und China eruiert werden. Diese Zusammenarbeit müsste einen Balanceakt zwischen pragmatischer Notwendigkeit im Lichte der energiepolitischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten auf der einen und der angestrebten Unterstützung der Demokratisierung und Liberalisierung der Staaten im Kaukasus und in Zentralasien auf der anderen Seite bewältigen.

Sichtbarkeit der EU in den Regionen erhöhen

Maßnahmen zur Steigerung des Einflusses der EU sollten zum Ziel haben, die Sichtbarkeit Europas in der Region zu erhöhen. Auf bilateraler Ebene kann die EU in einzelnen Staaten primär in *low-politics* Bereichen wie dem Schutz geistigen Eigentums, der Regulierung wirtschaftlicher Prozesse, grüner Energie oder dem Umweltschutz Wirkung entfalten. Entscheidend für die tatsächliche Nutzung von Einflussmöglichkeiten ist es, dass Maßnahmen

der EU seitens der lokalen politischen Eliten nicht als Bedrohung ihrer Macht wahrgenommen werden. So können beispielsweise aktuell regulative Prozesse im Bereich des Katastrophenschutzes einfacher durch Hilfen der EU etabliert werden als rechtsstaatliche oder demokratische Prozesse im Bereich des politischen Systems, mit Blick auf bürgerliche Freiheiten oder die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen. Zurzeit könnten zu radikale Forderungen die zaghafte Transformationsprozesse in der Region gefährden.

Auf internationaler Ebene sollte vor allem die „EU-China-Konnektivitätsplattform“ nutzbar gemacht werden, um auf die Staaten in Zentralasien zu wirken. Hauptziel der Plattform ist es, Möglichkeiten für eine weitere Zusammenarbeit im Verkehrsbereich zu sondieren, um Synergien zwischen dem Transeuropäischen Verkehrsnetz und der chinesischen neuen Seidenstraße zu schaffen. Die Plattform kann von der EU dazu genutzt werden, gemeinsam mit China Standards für den offenen Marktzugang und gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen festzulegen. So kann sichergestellt werden, dass China und die EU identische Forderungen zur Implementierung von transparenten Prozessen und Standards an die zentralasiatischen Staaten richten. Da diese starkes Interesse an ausländischen Direktinvestitionen haben, steigt die Wahrscheinlichkeit einer nachhaltigen Implementierung transparenterer Prozesse.


Aus sicherheitspolitischer Sicht sollten die bereits im Rahmen des „Partnership for Peace Programms“ laufenden Austausch-, Ausbildungs- und Kooperationsvorhaben in Zusammenarbeit mit den USA weiter intensiviert werden. Damit kann den Staaten Zentralasiens eine attraktive Alternative zu den russisch und chinesisch dominierten internationalen Sicherheitsorganisationen angeboten werden. Ziel dabei sollte es zudem sein, Konfliktregulierungsmechanismen in den jeweiligen Streitkräften zu verankern und dadurch die Wahrscheinlichkeit zwischenstaatlicher, innerstaatlicher und ethnischer Konflikte zu reduzieren. Darüber hinaus sollte die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des transnationalen Terrorismus, Drogen-, Waffen- und Menschenhandels intensiviert werden. Dies hätte zur Folge, dass durch vertrauensbildende Maßnahmen langfristig Spillover-Effekte in anderen Politikbereichen eintreten können. 



Abb. 3 Kirgistan, in der Nähe der Stadt Osh





Metis Publikationen

Bisher ebenfalls erschienen und zu finden auf der Metis Website unter metis.unibw.de



IMPRESSUM

Herausgeber

Metis Institut
für Strategie und Vorausschau
Universität der Bundeswehr
München
metis.unibw.de

Autor

Dr. Konstantinos Tsetsos
metis@unibw.de

Creative Director

Christoph Ph. Nick, M.A.
c-studios.net

Bildnachweis

Titel: Marcin Jozwiak auf Unsplash
S. 8/9: Oziel Gómez auf Unsplash

ISSN-2627-0587

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International zugänglich.

